

Die Kernforschung darbt

KIT-Tagung zum Atomausstieg und dem Bedarf an Nuklearwissen

Von unserem Mitarbeiter
Ekat Kinkel

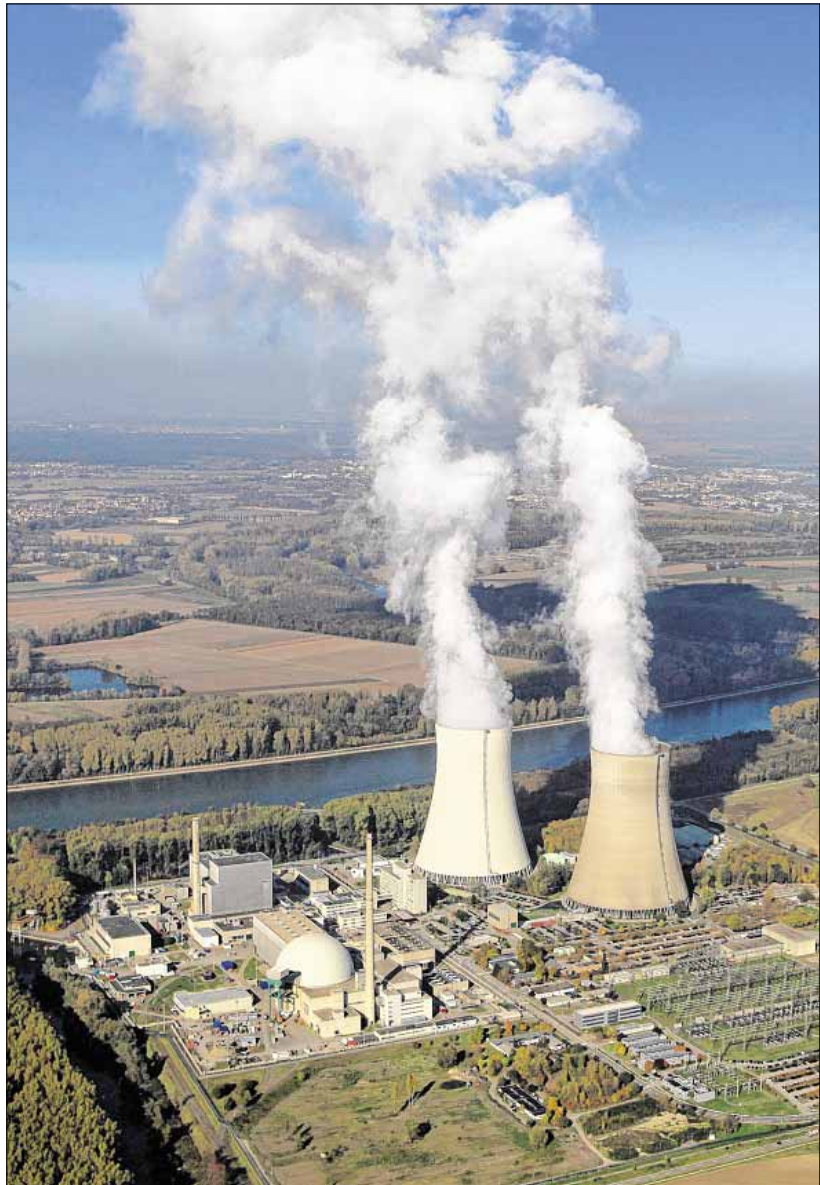
Eggenstein-Leopoldshafen/Karlsruhe. Nicht nur die Anzahl der deutschen Atomkraftwerke ist seit dem beschlossenen Ausstieg aus der Kernkraft rückläufig. Auch im Bereich der Kernforschung wird zunehmend weniger investiert. Alleine am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) wurden in den vergangenen eineinhalb Jahren 22 Stellen im Kernforschungsbereich gestrichen und die Mitarbeiter in anderen Forschungsfeldern eingesetzt. Momentan sind am KIT noch 120 Wissenschaftler in der Kernforschung tätig, davon rund 90 im Bereich der nuklearen Entsorgung und 30 im Bereich Reaktorsicherheit. „Langsam laufen wir Gefahr, dass wir wegen mangelnder Forschungsaktivitäten nicht mehr als kompetente Experten wahrgenommen werden“, warnt Peter Fritz, KIT-Vizepräsident Forschung in Innovation, vor einer weiteren Reduzierung der Stellen im Bereich der Reaktorsicherheit. Auch an weiteren Standorten des Kompetenzverbunds Kerntechnik ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Doch der Trend ist nur

Endlagerung und Rückbau brauchen Wissenschaftler

schwer zu stoppen: Großforschungsprojekte am KIT sind von Geldern aus Politik und Industrie abhängig, momentan fließen jedoch kaum noch Steuergelder in die Kernforschung und die Energieversorger haben laut Fritz „ihr Interesse an der Förderung von Projekten zur Reaktorsicherheit verloren.“

Dabei gebe es mehrere Gründe, am KIT weiter Kernforschung zu betreiben. Zum einen betrage die Laufzeit einiger deutscher Kernkraftwerke noch zehn Jahre, zum anderen werden deren Rückbau und die Endlagerproblematik die Wissenschaftler noch über Jahrzehnte hinaus beschäftigen. Außerdem setzen die Nachbarländer immer noch auf Atomstrom. „Wir sollten uns eigentlich mit darum kümmern, dass diese Anlagen möglichst sicher sind“, so Fritz. Allerdings zweifle er daran, dass deutsche Wissenschaftler bei solchen wichtigen Fragen noch angehört werden.

Von der Politik sei derzeit kaum Unterstützung zu erwarten, lässt Gerrit Niehaus vom baden-württembergischen Umweltministerium durchblicken. „Deutschland schreckt aus diplomatischen Gründen davor zurück, die ausländischen Anlagen in puncto Sicherheit zu bewerten“, betont der Abteilungsleiter Kernenergieüberwachung und Strahlenschutz. Es sei zwar schön, in den Forschungseinrichtungen über geballte Kompetenz zu verfügen. „Wenn wir diese aber nicht nutzen können, bringt das nichts“, so Niehaus. Aller-



DER RÜCKBAU von Atomkraftwerken wird nach deren Abschalten Jahrzehnte dauern – und entsprechende kerntechnische Kompetenz benötigen. Archivfoto: Sandbiller

dings gelte es die Kompetenz an den deutschen Forschungseinrichtungen und Hochschulen noch eine gewisse Zeit lang aufrecht zu erhalten, weil für den Rückbau der Anlagen und die Entsorgung des Atommülls noch zahlreiche gut ausgebildete Wissenschaftler in Behörden und Spezialfirmen benötigt werden.

Die Suche nach qualifiziertem Nachwuchs werde jedoch von Jahr zu Jahr schwerer, warnt Antonio Hurtado vom Institut für Energietechnik an der Universität Dresden. Die Zahl der Studierenden an den deutschen Hochschulen mit Schwerpunkt Kerntechnik sinke seit einigen Jahren. „Und wer derzeit eine Professur in diesem Gebiet anstrebt, sollte sich zunächst überlegen, in wel-

chem Land er arbeiten möchte“, skizziert Hurtado ein eher düsteres Bild der deutschen Kernforschungslandschaft.

Eine Zusammenlegung der bislang auf rund ein Dutzend Universitäten und Hochschulen verteilten Kernforschungskompetenzen zu drei oder vier Zentren sei leider nicht möglich, bedauert Fritz. Der Grund: Oft sei die Kernforschung an andere Forschungsgebiete angegliedert, in Heidelberg etwa an die Medizintechnik. Auch am KIT würden aus der Kernforschung heraus neue Felder im Bereich der Energieentwicklung erschlossen. „Wenn diese Mitarbeiter aber einmal weg sind, dann kommen sie nicht mehr in die Kernforschung zurück“, weiß Fritz.